

Rezensionen

Alexander Friedmann, Maria Hofstätter u. Ilan Knapp, Hg., *Eine neue Heimat? Jüdische Emigrantinnen und Emigranten aus der Sowjetunion*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1993.

Mißt man sozialwissenschaftliche Publikationen an ihrem eigenen Anspruch, so liegt die Latte für diese Studie recht hoch. Denn die Autoren verfolgen, wie sie einleitend schreiben, die Absicht, „die Komplexität von Migration am Beispiel der in Österreich lebenden jüdischen Emigrantinnen und Emigranten aus dem Gebiet der (ehemaligen) Sowjetunion“ zu untersuchen, wodurch „nicht zuletzt auch Erkenntnisse dokumentiert werden (sollen), die den Umgang auch anderer Staaten mit Zuwanderern erleichtern, die Frage ent-emotionalisieren und – soweit möglich – ein sozio-ökonomisches Problem in einen sozialen, ökonomischen und kulturellen Vorteil umwandeln können sollten.“ Aber die gute Absicht wird durch die methodischen Schwächen der Untersuchung und eine undifferenzierte Darstellung der Ergebnisse konterkariert.

Den Hauptteil des Buches bildet die Auswertung und Darstellung einer Befragung von 300 aus der Sowjetunion stammenden Jüdinnen und Juden, die in den letzten zwanzig Jahren nach Österreich eingewandert sind. Eingeleitet wird die Untersuchung durch einen „Migration“

überschriebenen Abschnitt zur Begrifflichkeit, der wohl einen theoretischen Raster für den empirischen Teil bieten sollte. Es handelt sich allerdings keineswegs um systematische Überlegungen zum Forschungsfeld. Die Zusammenstellung der Textpassagen im Stenogrammstil wirkt eher wie eine Scherenschnittübung aus diversen Lexika und Handbüchern.

Daß das Bemühen um geraffte Darstellung zu argen Verkürzungen führen kann, zeigt auch das zweite Kapitel „Geschichtliche Aspekte zum Judentum“. Befremdend ist hier insbesondere die mangelnde Kenntnis der ethnischen Zusammensetzung des sowjetischen Judentums und der Geographie der UdSSR, die sich in terminologischen Unsicherheiten niederschlägt: So ist in mißverständlicher Weise parallel von „Georgisch“ und „Grusinisch“, dann von „Kaukasisch“, „Bergjüdisch“, „Farsi“ und „Persisch“ die Rede (S. 93 f.). Bei einer Akkordierung mit dem S. 47 angeführten Schema, in dem korrekt die georgischen Juden als „Grusinim“ und die „Bergjuden“ als „Kawkasim“, die einen persischen Dialekt sprechen, bezeichnet werden, hätten sich derartige Ungereimtheiten vermeiden lassen.

Für einige Verwirrung könnten auch die Angaben über die Zahl der Emigranten sorgen: Zunächst wird angeführt, daß „in den Jahren zwischen 1949 und 1993 (...) etwa 600.000 Juden aus der

UdSSR nach Israel ausgewandert sind“ (S. 42). Die nächste generelle Angabe bezieht sich auf den Zeitraum bis zum Ende der Sowjetunion in der Ära Gorbatschow: Es hätten bis zu diesem Zeitpunkt „etwa 600.000 Juden die UdSSR verlassen, hauptsächlich nach Israel“ (S. 46). Schließlich findet sich der Satz: „In den Jahren 1970 bis 1990 emigrierten über 300.000 jüdische Sowjetbürgerinnen und -bürger aus der (ehemaligen) UdSSR“ (S. 51).

Das ist zumindest verwirrend. Die zweimal für unterschiedliche Zeiträume angeführte Zahl von 600.000 ist jeweils noch einigermaßen zutreffend, während die Zahl von 300.000 jüdischen Emigranten für die Jahre 1970 bis 1990 schlichtweg falsch ist. Ebenso wenig trifft die Behauptung zu, daß die rund 600.000 Juden, die bis zum Ende der Ära Gorbatschow emigrierten, hauptsächlich nach Israel auswanderten. Man hätte präzisere Angaben recherchieren können: Von 1967 bis Ende 1989 (im davorliegenden Zeitraum ab 1948 war die Emigration zahlenmäßig unbedeutend) konnten 380.000 bis 390.000 Juden die Sowjetunion verlassen, davon rund 85.000 allein im Jahr 1989. Von diesen Emigranten wanderten 180.000 bis 190.000 in Israel ein, während etwa 200.000 andere Auswanderungsziele wählten (rund 170.000 von ihnen gingen in die USA). Die Emigrationswelle erreichte 1990 mit rund 200.000 Personen ihren Höhepunkt, wobei sich 185.000 nach Israel wandten, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die USA ab diesem Jahr sowjetischen Juden keine bevorzugte Einreise mehr gewährten. Diese Tendenz setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. 1991 kamen 150.000, 1992

65.000 Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nach Israel. Während also bis 1989 mehr als die Hälfte der sowjetischen Juden als Emigrationsziel andere Staaten als Israel wählte, wanderte allein im Jahr 1990 eine größere Anzahl ein als in der gesamten Periode zwischen 1967 und 1989.

Die Oberflächlichkeit bei den Quantitäten scheint symptomatisch für die Behandlung des gesamten Komplexes. Das hängt auch mit einer mangelhaften Rezeption der Literatur zusammen. Den Autoren scheinen einige Standardwerke, in denen grundlegende Informationen über die religiöse, sozio-kulturelle und ethnische Orientierung des sowjetischen Judentums enthalten sind, unbekannt zu sein. So bietet das als Ergänzung zur *Encyklopaedia Judaica* periodisch erscheinende *Yearbook* laufend nicht nur rezente Daten über die Emigranten, sondern auch jeweils aktualisierte Beiträge über die jüdischen Gemeinschaften in der Sowjetunion einschließlich entsprechender Literaturangaben. Eine Sichtung und Auswertung derartiger Materialien wäre als Grundlage für den empirischen Teil jedenfalls tragfähiger gewesen als das von den Autoren Gebotene.

Unter anderem ließen sich aus dieser Standardliteratur Aufschlüsse über die Modalitäten und die Intensität der Einbindung jüdischer Gemeinschaften in die sowjetische Gesellschaft und, daraus abgeleitet, über die Motive der Emigration, die Wahl der Zielländer, die entsprechende Erwartungshaltung der Emigranten und die Integrationsprobleme gewinnen. Auf diese Weise hätten es die Autoren der Studie vermeiden können, ihre Interviewpartner/innen nach der Her-

kunft aus ‚europäischen‘ bzw. ‚asiatischen‘ Sowjetrepubliken zu gruppieren. Der erwähnten Literatur folgend, hätte sich vielmehr eine Kategorisierung nach den je unterschiedlichen Affinitäten zu bestimmten jüdischen Traditionen angeboten: 1. Juden aus den Kerngebieten der UdSSR, d. h. Aschkenasim, die seit 1917 in die sowjetische Gesellschaft integriert wurden; 2. Juden aus den nach dem Hitler-Stalin-Pakt von der UdSSR annektierten Teilen Osteuropas, d. h. aus jenen Gebieten, in denen die geistigen und kulturellen Zentren der Aschkenasim lagen; 3. Sephardim – georgische Juden, ‚Bergjuden‘ und Bucharim. Eine Orientierung nach derartigen Kriterien hätte Anhaltspunkte bezüglich der Denkmuster und Verhaltensweisen der Emigranten geliefert und ihr Verhältnis zu Religiosität und Kultur, aber auch zu den Institutionen und Behörden der Einwanderungsgesellschaften plausibler erscheinen lassen. Die Autoren hingegen machen nicht die ethnische und sozio-kulturelle Zugehörigkeit, sondern die geographische Herkunft zum Ausgangspunkt ihrer Analyse. So geben sie sich allerdings der Chance, die kulturellen Unterschiede, die *Differenz* zwischen den symbolischen und kognitiven Systemen der Emigranten und der Einwanderungsgesellschaften angemessen zu interpretieren.

Die Studie weist im Hauptteil aber auch mehrere gravierende Fehler in der Methodik auf. So wurden als Interviewpartner/innen nur Personen mit ausreichenden Deutschkenntnissen herangezogen, „um die Gefahr von Verzerrungen aufgrund unterschiedlichen Frageverständnisses bzw. mangelhaften Ausdrucksvermögens der Befragten (...) zu

vermeiden oder möglichst gering zu halten“ (S. 49). Aufgrund dieser methodischen Selbstbeschränkung kam man aber zu einer sehr problematischen Auswahl der Interviewten, die vor allem dazu führte, daß Emigrantinnen und Emigranten „zu etwa gleichen Teilen aus europäischen und asiatischen Teilrepubliken“ in die Befragung einbezogen wurden (S. 48). Doch dies sichert dem Sample eben keineswegs ‚Ausgewogenheit‘ im Hinblick auf die rituelle bzw. sozio-kulturelle Zugehörigkeit der befragten jüdischen Zuwanderer. Nach einer zutreffenden Feststellung der Studie stammt zwar „die Mehrheit der in Österreich lebenden Jüdinnen und Juden aus den asiatischen Republiken, d. h. sie sind zum großen Teil Sephardim“ (S. 48). Aber die vorgenommene Gleichsetzung ‚sephardisch‘ = ‚asiatisch‘ bzw. ‚aschkenasisch‘ = ‚europäisch‘ ist grundlegend falsch. Einerseits bilden nämlich die Aschkenasim auch unter den in den ‚asiatischen‘ Republiken lebenden Juden die Mehrheit, andererseits weisen auch innerhalb des gesamten sowjetischen Judentums die drei sephardischen Gruppen quantitativ nur einen bescheidenen Anteil von ca. fünf Prozent auf. Die Kenntnis dieser Relation vorausgesetzt, hätte dem Umstand, daß die Mehrheit der jüdischen Emigration in Österreich den Sephardim angehört, in Forschungsdesign und Methodenwahl entsprechend Rechnung getragen werden müssen.

Vom mangelnden Verständnis für die Komplexität einer fremden Gesellschaft und Kultur ist es nur ein Schritt zum Vorurteil. Auch das demonstriert diese Studie. Es entspricht einem ‚klassischen‘ Stereotyp, wenn die Autoren schreiben, daß „die Befragten *asiatischer* Herkunft of-

fenbar stärker zur jüdischen Großfamilie unter Bewahrung eigener Wertvorstellungen *mit Abgrenzung vom Islam* (neigen)“ (S. 138), wodurch – auch stimuliert durch die „traditionell“ höhere Fruchtbarkeit (S. 77) – der „Kinderreichtum der AsiatInnen“ hinlänglich erklärt ist. Abgesehen vom Reproduzieren gängiger Klischees ist die generelle Gleichsetzung von ‚asiatisch‘ = ‚islamisch‘ und ‚europäisch‘ = ‚christlich-orthodox‘ ebenso unsinnig wie die Einteilung des sowjetischen Judentums in ‚asiatische‘ Sephardim und ‚europäische‘ Aschkenasim. Denn selbst von den schätzungsweise 100.000 Sephardim lebten 1970 etwa zwei Drittel im Kaukasus, von denen zumindest wiederum die Hälfte, nämlich die georgischen Juden, durch ein christlich-orthodoxes Umfeld geprägt wurden, während die ‚Bergjuden‘ des nördlichen Kaukasus in einem zwar ‚europäischen‘, aber traditionell islamischen Teil der ehemaligen UdSSR ansässig sind.

Es gibt noch eine weitere Konsequenz: Die Autoren betonen die Bedeutung einer sowohl ‚emischen‘ als auch „ethnologischen“ (gemeint ist wohl ‚etischen‘) Betrachtungsweise. Eine auf der Kombination ‚emischer‘ und ‚etischer‘ Zugänge beruhende Untersuchung sieht vor, die Phänomene einerseits „von innen“ her zu interpretieren, d. h. von den Kategorien der Handelnden auszugehen, und andererseits „von außen“, nach den Kategorien des wissenschaftlichen Beobachters bei gleichzeitiger Beachtung des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs zu analysieren. Während letzteres an den fehlenden Kenntnissen scheiterte, fehlte es für einen ‚emischen‘ Zugang an Sprachkenntnissen und am dauernden Kontakt

zwischen beobachtendem und beobachtetem Subjekt. Erst ein auf diese Weise entstandenes Vertrauensverhältnis hätte eine Annäherung an z.T. stark emotional besetzte Begriffe, wie etwa ‚Heimat‘, ermöglicht.

Wie stark die Interviewsituationen davon geprägt waren, kann man kaum abschätzen. Die negativen Auswirkungen werden jedoch bei Betrachtung einiger abgefragter Einstellungen deutlich. In manchen Rubriken erreichte die Verweigerungsquote ein Ausmaß, das eine Interpretation der Ergebnisse als fragwürdig erscheinen läßt. So stehen bei der Nennung der in Österreich ausgeübten Berufe 168 positiven 132 verweigerte Antworten gegenüber, wobei bezüglich der Frage nach dem aktuellen Berufswunsch sogar 244 mal keine Antwort erfolgte (S. 148 f.). Noch deutlicher fällt die Verweigerung von Stellungnahmen zu den Lebensbedingungen im Herkunftsland Sowjetunion auf. Diese Rubrik umfaßt überhaupt nur 15 Nennungen (S. 129). Emphatisch hingegen fällt die Beurteilung des Aufnahmelandes Österreich aus, wobei das Verhältnis 225 positive zu 14 negative Nennungen beträgt. Derartige „erwünschte Antworten“ können sowohl direkte Folge der Gesprächssituation, Ergebnis einer abwägenden Beurteilung oder bloße Höflichkeitsgeste gegenüber der ‚neuen Heimat‘ sein. Die zu anderen Fragebatterien geäußerten Ansichten relativieren solche Einzelantworten sehr deutlich: „Immerhin fast ein Drittel der befragten EmigrantInnen (31,5%) fühlen sich den Angaben zufolge in ihrem neuen sozialen Umfeld nicht wohl“ (S. 124). Fragen bezüglich der Integrität der eingewanderten Personen, die „eine Reflexion über

die Motive der Migrationsentscheidung und über die gegenwärtigen Lebensbedingungen im Vergleich zur früheren Heimat“ einschließen, wurden 203 mal positiv, 172 mal negativ beantwortet (S. 128).

Unter diesen Voraussetzungen erscheint eine weitergehende inhaltliche Bewertung der Ergebnisse der Studie nicht sinnvoll.

Johanna Stigler/Manfred Sauer, Wien

Erhard Busek u. Gerald Stourzh, Hg., *Nationale Vielfalt und gemeinsames Erbe in Mitteleuropa. Vorträge anlässlich der Verleihung des Anton Gindely-Preises für Geschichte der Donaumonarchie*, Wien u. München: Verlag für Geschichte und Politik u. R. Oldenbourg Verlag 1990.

Das Gemeinsame in der Vielfalt zu suchen, ist sicherlich auch für historische Betrachtungen im Donaunraum kein falscher Gedanke. Einem solchen kontradiktischen Ansatz muß aber gerade für den Historiker eine wohlüberlegte Konzeption zugrunde liegen, um nicht der Beliebigkeit zu verfallen. Ein Aspekt dabei ist die notwendige räumliche Abgrenzung. Der vorliegende Band spricht von Mitteleuropa und meint die Donaumonarchie während der Regierungszeit Kaiser Franz Josephs I., wie der Titel bereits andeutet. Doch lassen die Zusammenstellung der Beiträge wie die Ausführungen keine klare Festlegung erkennen. Vielmehr bleibt offen, ob der geographische Rahmen nicht auch die habsburgischen Niederlande oder das Breisgau, Mailand oder Toskana oder die ungarischen Gebiete während der osmanischen Herrschaft umfaßt.

Seit 1979 vergibt die Österreichische Forschungsgemeinschaft am Nationalfei-

ertag Österreichs den *Anton Gindely-Preis für Geschichte der Donaumonarchie*, benannt nach dem zwischen mehreren Nationen stehenden Prager Historiker Gindely (1829–1892). Ausgezeichnet werden – wie Stourzh in seinem Überblicksartikel ausführt – Historiker und Historikerinnen im internationalen Rahmen für Forschungen zur Donaumonarchie, bei denen mindestens zwei Sprachen der „alten Monarchie“ verwendet wurden. Unter den genannten Sprachen befindet sich neben dem Ungarischen und den neun im 19. Jahrhundert in Österreich als „landesüblich“ anerkannten Sprachen erfreulicherweise das Jiddische, nicht jedoch das Slowakische (S. 12), was einen etwas zu zisleithanischen Blickwinkel vermuten läßt.

Ziel der Stiftung des Gindely-Preises ist das Erbe der Mehrsprachigkeit vor allem in Österreich – und hier besonders unter den Historikern – neu zu beleben, was notwendig ist und eigentlich selbstverständlich sein sollte. Mit der Konzentration auf die sprachliche Vielfalt läßt sich das multinationale „Erbe“ aber wohl kaum wissenschaftlich erfassen, auch wenn einige Beiträge in diese Richtung argumentieren. Will man sich nicht der Gefahr aussetzen, daß das übernationale Altösterreich im populären Geschichtsbild nur noch idealisiert und als bunte Mehrsprachigkeit harmonisierend verklärt wird, dürfen als Gegenpol nationale Separation, Fremdheit und Konfrontation, regionale und soziale Interessengegensätze und kulturelle Brüche, die die Grundlagen für die Entwicklungen nach 1918 darstellen, nicht vernachlässigt werden. Da nationale Bedürfnisse nach Ab- und Ausgrenzung auch zum „gemeinsa-